Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlin's: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. — Cassel: Th. Dietrich & Co. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger's Buchhandl. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nordhaus, Jacob Türkheim, Adolf Steiner. — Hannover: Carl Schlesier. — Mainz: D. Frenz. — Minden: C. Marowski. — Würzburg: Stahel'sche Buchhandlung. — Wien: A. Oppelik, Stubenbastei 2. — England, Frankreich, Holland und Belgien: G. L. Daube & Co. in Paris, 31bis Faubourg-Montmartre et 31 Passage Verdeau. — Für Frankreich: Havas, Laffite & Co., Place de la Bourse 8. — Polen und Russland: Rajchman & Frendler in Warschau, Senatorenpassage 22.

Nr. 542. **Berlin, Freitag den 12. Dezember 1879.** **19. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich 7 Mark 50 Pf., für Berlin nehmen sämmtliche Spediteure, Post-Expeditionen, sowie die Expedition dieser Zeitung, Wilhelmstraße 32, Abonnements vierteljährlich zum Preise von 7 Mark 50 Pf. incl. Bringerlohn entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition an. Preis pro fünfspaltige Petitzeile 40 Pf. Beiträge für die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: Berlin SW. Wilhelmstraße 32, zu richten, und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung, unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition frankiren alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur frankirte Briefe an.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 12. Dezember.

Als wir im Sommer die Unzulänglichkeiten unseres Strafsystems einer Erörterung unterzogen, waren wir nicht einen Augenblick darüber im Zweifel, daß wir von der schablonenhaft arbeitenden und urtheilenden liberalen Presse harte Anfechtungen zu erdulden haben würden. Ebenso durchdrungen waren wir aber von der Ueberzeugung, einem Gedanken der weitesten und achtbarsten Kreise im deutschen Vaterlande damit Ausdruck zu geben, und in der That ließen die Anfeindungen und mitunter seltsamen Gegenreden der liberalen Kolegen eben so wenig auf sich warten, als sich rasch von allen Seiten gleiche oder doch in der Hauptsache übereinstimmende Urtheile über die dringende Nothwendigkeit der Beseitigung der Mängel, wenigstens in unserem Strafvollzugssystem, vernehmen ließen. Und nach und nach begann selbst in liberalen Blättern die Einsicht zu dämmern, daß man noch lange kein Reaktionär sei, wenn man Verbrechen als Verbrechen, Bosheit als Bosheit bestraft sehen wolle, wenn man es nicht ganz zweckmäßig finde, daß die Sühne der Verbrechen vor der Staat und Gesellschaft wenigstens für einen Theil der Verbrecher den Charakter der Strafe geradezu verloren hat. Die Einsicht der Unerläßlichkeit zeitgemäßer Bestimmungen auch in dieser Hinsicht hat, vielleicht wesentlich unter dem Eindruck der immer lauter hervortretenden Anschauungen im Volke selbst, schließlich auch in solchen publizistischen Organen Burzel geschlagen, wo noch vor Kurzem jede Andeutung hierauf mit größter Schärfe zurückgewiesen worden wäre, und das Echo, welches die Debatte des Abgeordnetenhauses vom 6. d. M., in welcher die Berathung der Statsposition „Staatsverwaltung" so dankenswerthe Aufklärungen zu der obigen Frage mit sich brachte, wie im Volke so auch in der liberalen Presse gefunden hat, läßt wohl hoffen, daß der Gegenstand nunmehr durch die Wucht der öffentlichen Meinung selbst einer entsprechenden Lösung immer näher gerückt werden dürfte.

Unter den Betrachtungen nun, zu denen die vorerwähnte Debatte das Abgeordnetenhaus in den liberalen Blättern den Stoff bietet, erscheint ein längerer „Zum Kapitel vom Strafvollzuge" überschriebener Artikel der „Magdeb. Ztg." am beachtenswerthesten. Wenn der Artikel auch im Eingang sehr nachdrücklich gegen alle Angriffe wider das System der Strafe sich wendet, kommt er schließlich doch zu nachstehenden, in diesen Spalten gewiß sehr beachtenswerthen Betrachtungen:

Dieselben Stimmen, welche das Strafsystem angriffen, tadelten auch den Strafvollzug, und in dieser Beziehung ist wie voll und breit auf ihrer Seite, nur müssen wir die von einer Seite unverhüllt gestellte Forderung, im Strafvollzuge zur veralteten Abschreckungstheorie zurückzukehren, sehr entschieden zurückweisen. Der oberste Zweck der Strafe bleibt die Besserung der Verurtheilten, welche man nimmermehr durch eine unmenschliche oder nur durch eine grundsätzlich rauhe und geringschätzige Behandlung erreichen wird. Auf der anderen Seite aber muß die Strafe mit ihrem ganzen Ernste, mit der ganzen Wucht, welche sie ausüben soll, zur Anwendung kommen, sonst verfehlt sie ihren Zweck und hört auf, Strafe zu sein. Der Verurtheilte darf nie das Bewußtsein verlieren, daß er Sträfling ist, und daß er ein der menschlichen Gesellschaft durch seine Strafthat zugefügtes Uebel zu büßen und zu sühnen hat. Der verbrecherische Wille aber und die Verstocktheit muß mit allen gesetzlichen Mitteln möglichst empfindlich getroffen und gebrochen werden. Hier liegt der wunde Fleck unseres jetzigen Strafvollzuges. Die Humanität und Sentimentalität gewinnt, fürchte ich, sehr oft vor dem Mittein zurück, deren Anwendung erforderlich scheint, um in jedem Falle die Strafe als ein Uebel erscheinen zu lassen, und die Folge davon ist, daß sie in der That in weiten Schichten der Bevölkerung kaum als ein Uebel betrachtet wird, und daß der Begriff und die Vorstellung von der Unehrenhaftigkeit einer Bestrafung schwindet. Leider ist es nicht mehr der obdachlose, hungernde und frierende Vagabund allein, der eine gegen ihn erkannte Freiheitsstrafe gleichmüthig hinnimmt. Das Gefängniß bietet gute und gesunde Verpflegung, gesunden Aufenthalt, Wärme, Gesellschaft, und sehr mäßige oder gar keine Arbeit, mithin hat es für die Mehrzahl der Verurtheilten durchaus nichts Abschreckendes. Freilich ist hierbei die Individualität bei Gefangenen maßgebend. Den Allgemeinheit aber trifft der Satz zu, daß das Gefängniß aufgehört hat ein Ort des Mißbehagens zu sein. Selbst grobe Verstöße gegen die Hausordnung dürfen nach Maßgabe des bestehenden Reglements nur verhältnißmäßig milde geahndet werden. Entziehung der warmen Kost, Einzelhaft, Entziehung des Arbeitsverdienstes, wenn es doch kommt, Arrest bis vierzehn Tage sind die Disziplinarmittel, welche dem Aufsichtsbeamten zu Gebote stehen. Wie nehmen keinen Anstand, uns auszusprechen, daß diese Strafen nicht ausreichen, um in allen Fällen den beabsichtigten Eindruck hervorzurufen.

Wir wollen Humanität üben, aber wir wissen uns frei von Sentimentalität, und deshalb nehmen wir keinen Anstand, die jetzige Art des Strafvollzuges als eine völlig unzweckmäßige hinzustellen. Die Strafe muß, wie gesagt, stets als Uebel empfunden werden und deshalb mit Entbehrungen und Duldungen, vor allen Dingen aber mit anhaltender, streng geregelter Arbeit verbunden sein. Die Disziplinarmittel sind zu verschärfen und ist in Ausnahmefällen die Prügelstrafe nicht allein in Zuchthäusern, sondern auch in Gefängnissen als Zwangs- und Korrektionsmittel zuzulassen, auf der anderen Seite aber für Belehrung und Unterricht, für geeignete Einwirkung auf das Gemüth des Gefangenen Sorge zu tragen.

Die Ausschüsse für die Verfassung und für Rechnungswesen haben nunmehr dem Bundesrath den Antrag, betreffend den Entwurf eines Gesetzes wegen **Abänderung der Artikel 13, 24, 69, 72 der Reichsverfassung**, überreicht. Der Entwurf besteht aus 4 Paragraphen, so daß jeder der genannten Artikel eine andere Fassung resp. Bestimmung enthält; zweijährige Berufung des Reichstags, vierjährige Legislaturperiode u. s. w. Wir kommen morgen darauf zurück.

Die Ausschüsse für Zoll und Steuerwesen und für Handel und Verkehr haben dem Bundesrath, bezw. die Vorlage über die **Taravergütungen** einen Antrag vom 6. Dezember eingereicht, der den Beschluß des Bundesraths dahin extrahirt: 1. daß die Prozentsätze des Bruttogewichts, nach welchen das Rettogewicht der zufolge § 2 des Reichsgesetzes vom 15 Juli d. J. nicht zu vergütenden Waarengattungen berechnet werden kann, in dem Maße, wie sie in den vom Reichskanzler unter dem 5. November d. J. dem Bundesrath übergebenen Taraläsen ersichtlich gemacht sind, jedoch mit den von den Ausschüssen vorgeschlagenen Aenderungen und Ergänzungen festgestellt und hin dem zum Handgebrauch der Zollstellen herauszugebenden Abdruck des Zolltarifs mit aufgenommen werden; 2. daß dem Reichskanzler anheimzugeben sei, über die Tara einzelner näher bezeichneter Waarengattungen Erhebungen zu veranlassen und, dafern sich hierbei die für die eine oder andere dieser Waaren zur Zeit ausgeworfene Taravergütung als den Verhältnissen nicht entsprechend erweisen sollte, eine Beschlußfassung des Bundesraths über anderweite Festsetzung dieser Taravergütungen herbeizuführen. Diese Waarengattungen sind u. A. ganz grobe Gewebe aus rohem Gespinnst, grobe Eisenwaaren, Behänge von Glas zu Kronleuchtern, Menschenhaare, Butter, Fleisch 2c.

Die sensationelle Mittheilung eines hiesigen Korrespondenten, daß dem nächsten Reichstage ein neues **Steuerbouquet** vorgelegt werden solle, hat vielfache allerdings gleichzeitig selbst dadurch entkräftet, daß er als zum Bouquet gehörig das Brausteuergesetz, die Börsensteuer u. s. w. angiebt. Neues hat der Korrelpondent nicht gebracht und nicht bringen können. Es ist selbstverständlich, daß im letzten Reichstage parlamentarisch nicht zum Abschluß gebrachte Brausteuergesetz dem im Februar k. Jahres zusammentretenden Reichstage wiederum zur Berathung zugehen muß. In Betreff der Börsensteuer aber ist bereits in der Einleitungsrede zum preußischen Etat im Abgeordnetenhause von amtlicher Seite eine Andeutung gemacht worden.

Eine hiesige Zeitung, welche sich gerne als Anwalt der Forstschrittlerei in die Brust wirft, hat sich mit großem Aufwand an Worten darüber ereifert, daß wir der **Waldeck-Feier** im Berlin den Charakter einer Huldigung für den „unsterblichen" Sozialisten Lassalle, Johann Jacobi windsiet hatten. Es wäre vergebliche Mühe, mit Argumenten gegen eine Auffassung zu streiten, welche eben nicht überzeugt sein will; aber eine Thatsache zur Illustrirung der Waldeck-Feier mag zur Abklärung des fortschrittlichen Aergers doch Erwähnung finden. Unter den Theilnehmern an der Waldeck-Feier in Berlin haben sich, wie wir von einem kompetenten Statistiker hören, mehr als 100 notorische Sozialdemokraten befunden, und danach kann leicht berechnet werden, wie viele minder bekannte Parteigenossen dieser Richtung das Auditorium verstärkten. Ihr Instinkt hatte sie an die richtige Stätte geführt.

Bei der vorgestrigen **Reichstagswahl in Magdeburg** ist bekanntlich nur die Nothwendigkeit einer Stichwahl erzielt worden, da die 14,771 abgegebenen Stimmen zu nahezu gleichen Theilen je den Kandidaten der Nationalliberalen, der Sozialdemokraten und der Fortschrittspartei zugefallen waren. Da der nationalliberale und der sozialdemokratische Kandidat zur Stichwahl gelangen, liegt die Entscheidung zwischen diesen Beiden nun bei den Fortschrittlern und nach den Auslassungen der fortschrittlichen Presse ist anzunehmen, daß die Fortschrittspartei bei der Stichwahl für den Sozialdemokraten in die Schranken treten werde. Es äußert z. B. die hiesige „Volkszeitung" sich zu dieser Frage folgendermaßen:

Als die nationalliberale Partei im vorigen Jahre um die Unterstützung der Fortschrittspartei warb, indem sie verlangte, daß die Fortschrittspartei auf einen eigenen Kandidaten verzichtete und sofort für den Kandidaten der nationalliberalen Partei votirte, riefen wir unseren Magdeburger Freunden, für die Dienste, die Herrn v. Unruh's Sieg ohne Stichwahl sicherten, einen der Sitze im Abgeordnetenhause zu fordern. Bei der Abgeordnetenwahl war es gerade die „Magdb. Ztg." und ihr Anhang, welche Hand in Hand mit dem Magdeburger Klüngel, jede Verständigung zurückwies. Es wiederholt sich in Magdeburg ein ähnliches Schauspiel wie in Breslau. Die Nationalliberalen suchen die Situation auszunutzen, um Alles für sich einzuheimsen. Unter diesen Umständen trent es uns, daß bei allverehrte braue Sachse schon bei den Wahlversammlungen der Forschrittspartei freie Hand vorbehalten hat, um der von den engherzigsten Rücksichten geleiteten nationalliberalen Kirchthurmpartei in Magdeburg eventuaiier einen Denkzettel ertheilen, um nicht den Zerfetzungsbrgeb der Partei der Mitte dadurch aufzuhalten, daß man sich bei der Stichwahl für Herrn von Bennigsen's hannoversche Leibpartei engagirt, die uns seit Jahren nichts als Uebles gethan hat und die auch jetzt wieder im Abgeordnetenhause den letzten Anstreich von Liberalismus abstreift.

Die hier zitirten Auslassungen des Berliner Fortschrittsblattes sind auch insofern sehr lehrreich, als sie mit verblüffender Offenheit verrathen, was für Schacherei diese biederen Volksmänner bei den Wahlen für zulässig, ja für selbstverständlich erachten. Sollte aber in Wirklichkeit Magdeburg den Sozialdemokraten überlassen werden, als fortschrittliche Revanche für Breslau, so würde nur ein weiterer Beweis geliefert sein, daß die Fortschrittspartei in logischer Konsequenz ihrer Entwickelung unerbittlich und unabweislich zur Sozialdemokratie gelangt.

Ueber die **Schulbildung der Rekruten der deutschen Armee und Marine** bringt das Oktoberheft der Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reichs statistische Mittheilungen, aus denen hervorgeht, daß von den 143,119 im Erhebungsjahre 1878/79 eingestellten dem gemeinen Rekruten 20/4 = 1,80 pCt. weder lesen noch ihren Namen schreiben konnten. Von diesen Letzteren kommen 1936 aus den östlichen Theilen des Reichs, nämlich den Provinzen Ost- und Westpreußen und Posen und auf dem Regierungsbezirk Oppeln, was mehr als 5 pCt. der Schulbildung ähnlich ermangelnde Rekruten in den dortigen Landestheilen ergiebt. Aus allen anderen Bezirken des preußischen Staates kommen nur 339 Rekruten ohne Schulbildung = ¼ pCt.; aus Baiern 101 = ¼ pCt.; Sachsen 19 = ¼ pCt.; Württemberg 3 = 0,5 pCt.; Baden 3 = 0,06 pCt.; Elsaß-Lothringen 149 = 3 pCt.; Hessen 6 = 0,3 pCt.; Mecklenburg-Schwerin 8 = 0,4 pCt.; Braunschweig 6 = 0,6 pCt. Der kleine Rest der gänzlich Bildungslosen vertheilt sich auf Anhalt mit 4, Koburg-Gotha mit 2, Sachsen-Weimar, Oldenburg, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Waldeck mit je 1.

Die hier nicht genannten deutschen Staaten stellten Rekruten, welche die, freilich sehr bescheidenen, Anforderungen der nach § 12 der Rekrutirungsordnung angestellten Prüfung sämmtlich erfüllten.

Nach den statistischen Nachweisungen über die **Einfuhr der wichtigsten britischen und irischen Roherzeugnisse und Fabrikate nach Deutschland** in den Monaten Januar bis Oktober d. J. zeigte sich gegen die Vorjahre ein total verändertes Bild, indem nur bei wenigen Artikeln sich eine Mehreinfuhr bemerkbar machte, während in den vorangegangenen Jahre nach bei einem großen Theil der einschlägigen Gegenstände ein bedeutendes Plus erschtlich war. In diesem Jahre fand eine erhöhte Einfuhr nur statt bei Eisen, Eisenbahnschienen, Kohlen, Koaks, Zutzgarn, wollenen Tüchern und Fußteppichen.

Nachdem die **Rinderpest** in dem russischen Kreise Bendzin erloschen ist die Sperre der Landesgrenze gegen diesen Kreis, sowie auf den Verkehr mit dem Kreise Olkusch, Schweine und Sachen, welche nicht Träger des Ansteckungsstoffes sind, seitens der Regierung zu Oppeln wieder aufgehoben worden. Desgleichen ist auf Antrag dieser Behörde die zur Durchführung der strengeren Grenzsperre vorübergehend gewesene militairische Grenzbesatzung zurückgezogen. In dem russischen Kreise Bendzin sind aus Anlaß der Rinderpest seit dem Ausbruch der Seuche, welche auf den 12. September festgestellt ist, weit über 1000 Rinder getödtet worden, und diese gänzliche Verlust hat das russische Gouvernement Petrikau dem Vernehmen nach veranlaßt, die Einfuhr von Rindvieh aus Warschau, wo die Rinderpest noch nicht erloschen ist, zu untersagen. Daß die Seuche, welche während der Monate September, Oktober und November ganz in der Nähe der diesseitigen Landesgrenze in großem Umfange herrschte, dieses Mal nicht in das Inland übertragen wurde, ist nur der rechtzeitigen Anwendung der energischsten Abwehrmaßregeln zu verdanken, die sofort bei Ausbruch der Rinderpest in Rußland zur Ausführung gelangten.

Das **Herrenhaus** beschäftigte sich heute Nachmittag in seiner 3. Sitzung längere Zeit mit dem Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Fischereigesetzes. Bei Schluß der Redaktion dauerte die Berathungen fort. Das Nähere werden wir im nächsten Morgenblatte berichten.

In der heutigen (24.) Plenarsitzung des **Abgeordnetenhauses** wurde zunächst der Antrag des Abg. Kanta, betr. die Einstellung des Untersuchungsverfahrens gegen den Abg. Dr. Syuman, in üblicher Weise debattelos angenommen und alsdann in die 3. Berathung des Gesetzentwurfs, betr. den Erwerb mehrerer Privateisenbahnen, eingetreten. Der Generalbericht nahm Niemand das Wort. Beim § 1 erklärte auf Anfrage des Abg. Schmidt (Stettin), wo und mit welchen Kompetenzen die neuen Provinzialbehörden der Eisenbahnverwaltung eingerichtet werden würden, der Minister der öffentlichen Arbeiten Maybach, daß der Bezirk der Direktionsbehörden, wie es bereits früher erklärt, wesentlich vergrößert und ihre Kompetenzen erheblich erweitert werden müßten. Die Frage der Einrichtung dieser neuen Behörden sei noch nicht vollständig zum Abschluß gebracht, werde aber ihren Ausdruck in der Regierungsvorlage finden, der dem Hause nach Annahme der gegenwärtigen Vorlage und nach erlangter Allerhöchster Sanktion desselben zugehen werde. Aus diesem Grunde richtet er zugleich das Ansuchen an den Herrn Präsidenten, den Eisenbahnetat erst nach dem Feste zur Berhandlung zu bringen, was bereitwillig zugesagt wird. Die Abgg. Windthorst und Richter beschweren sich darüber, daß die Regierung trotz des von der Mehrheit ausgesprochenen Wunsches ihre Verhandlungen betreffs Ankaufs der bekannten weiteren Bahnen fortsetze. Abg. Hammacher rechtfertigt sich darüber, daß er diese Frage im Bericht nicht erörtert; sie sei in der Kommission nur ganz nebenbei berührt. Der Herr Finanzminister konstatirt dem Abg. Richter gegenüber, daß mit dem Ankaufe der betreffenden Bahnen selbstverständlich das etatsmäßige Recht des Hauses in Kraft trete. Die bezüglichen Arbeiten seien bereits im Gange. Der Minister der öffentlichen Arbeiten weist auf die Motive hin, welche ausdrücklich erwähnen, daß noch die Berlin-Potsdamer, die Rheinische und Anhalter Bahn zur Abrundung des Staatsbahnsystems mit Auge gefaßt seien. Betreffs der Berlin-Potsdamer werde voraussichtlich dem Hause nach Neujahr eine Vorlage gemacht werden können, wegen der Rheinischen stehe es noch sehr dahin. Im Allgemeinen aber betont der Herr Minister, daß mit dem Erwerb jener drei Bahnen die intendirte Durchführung des Staatsbahnsystems als abgeschlossen zu erachten sei. Weitergehende Gerüchte entbehrten der Begründung. Abg. Richter weist darauf hin, daß in voriger Session von dem Minister ähnliche Aeußerungen gemacht seien. Abg. v. Rauchhaupt verprodukt seine auf den Erwerb weiterer Bahnen bezüglichen, in der ersten Lesung gethanenen Aeußerungen. Es sprechen zu dieser Frage noch die Abgeordneten Cremer, Frhr. v. Hammerstein, welcher betont, daß die Erklärung des Ministers nach der ganzen Sachlage doch nicht überrschen könne, die schnelle Durchführung des Systems liege im Interesse des Staats; Berger, welcher die Verantwortung für die weiteren Ankäufe von der Minorität ablehnt. Abg. Miquel erinnert daran, daß er seine bezüglichen früheren Aeußerungen durchaus aufrecht halte, sie aber nicht als Bedingungen gestellt, im Uebrigen nur im eigenen Namen gesprochen habe. Minister Maybach erklärt, daß er aus den Aeußerungen des Vorredners bei der ersten Lesung nicht habe entnehmen können, daß er sich gegen weitere Erwerbungen erklärt habe; die wirthschaftlichen und finanziellen Vortheile des Arrondirungssystems müßten nothwendig um so größer werden, je schneller es zur Durchführung käme. Abg. v. Rauchhaupt erwidert auf die Aeußerungen der Abg. Berger und Cremer, von den die erstere einen persönlichen Charakter trug, die andere aber die Kommissionsarbeiten betraf. Demnächst widerlegte noch der Minister Maybach namentlich die Angabe des Abg. Richter, daß der Staat auch die brauchbarsten Bahnen zu acquiriren gedenke. Abg. Windthorst wiederholt, daß sein früherer Antrag nicht darauf gehen der Regierung, sondern darüber ausgedrückt habe, daß die Kommission sich mit der Frage der weiteren Ankäufe nicht ernstlich beschäftigt habe. Abg. Baare führt aus, daß, wenn eine Erwerbung der Rheinischen Eisenbahn überhaupt interessirt werde, gegenwärtig dazu der geeignete Zeitpunkt sei. Uebrigens wäre es verfehlt, wegen der Aeußerung irgend eines Mitgliedes eine ganze Partei festnageln zu wollen. Die Reproduktion der Aeußerung eines englischen Bankiers feinerseits, wonach die preußischen Konsols sich den Weltmarkt erobern würden, veranlaßt den Finanzminister zu der Entgegnung, daß wir nicht in der Lage seien, den auswärtigen Markt auffuchen zu müssen. Abg. Richter sucht dem Finanzminister Unkenntniß der preußischen Finanzgeschichte nachzuweisen, es thatsächlich der auswärtige Markt schon 1850 und 1870 angegangen wäre. Finanzminister Bitter erklärt, daß er keine Veranlassung gehabt, hier einen finanzgeschichtlichen Vortrag zu halten; er habe nur die Gegenwart im Auge gehabt. Auf die persönlichen Angriffe des Abg. Richter werde er niemals antworten. (Bravo rechts.) Wenn die Verhältnisse einmal so weit kommen sollten, werde er ihm mit Vergnügen seinen Platz einräumen. Abg. Miquel konstatirt, daß die Debatte sich um alles Mögliche und noch Unmögliche. Was den Hauptpunkt betreffe, so könne man im Allgemeinen die Auffassung des Abg. Richter bezüglich des Geldmarkts anerkennen; hier aber handle es sich thatsächlich um Konvertirung im Inlande bereits vorhandener Kapitalien. Abg. Baare wendet sich ausführlich gegen den Abg. Richter. Abg. Windthorst spricht seine volle Befriedigung über die Erklärung des Finanzministers aus; es sei eben sehr erfreulich, daß er mit dem eigenen Kredit des Landes die nöthigen Finanzoperationen auszuführen hoffe. Im Uebrigen hat er Besorgniß für die Zukunft; wenn der Staat sozialistisch immer mehr in die Industrie in einer Hand konzentrirt. Nr. 1 § 1 (Berlin-Stettin) wird darauf genehmigt. Magdeburg-Halberstadt beantragt der Abg. von Ludwig, mit Rücksicht auf die enge Verbindung mit Hannover-Altenbeken, Annahme. Am allerwenigsten sei der gegenwärtige Augenblick geeignet, solche immensen Summen der Börse hinzuwerfen. Seine Argumente werden vom Abg. Grumbrecht widerlegt; er weist dabei mit Nachdruck die Angriffe als unberechtigt zurück, welche gegen Männer gerichtet werden, die nur im Interesse der Provinz gehandelt. Nr. 2 des § 1 wird darauf genehmigt, ebenso Nr. 3, nachdem der Abg. v. Ludwig noch einmal dagegen gesprochen, dann Nr. 4 ohne Debatte und demnächst der ganze § 1 bezw. das Gesetz seine Debatte. Es erklärt auf Anfrage des Abg. Richter Minister Maybach, daß die Staatsregierung sich berechtigt und verpflichtet halte, alle diesen vier Bahnen bereits ertheilten Konzessionen zur Ausführung zu bringen, da dieselben im öffentlichen Interesse ertheilt seien. Abg. Richter bemerkt, daß der Bau von 50 Millionen handle und die Vollmacht der Landesvertretung einzuholen nöthig sei. Abg. Dr. Hammacher ist ebenfalls der Meinung, daß die Zustimmung der Landesvertretung allerdings insoweit nöthig sei, als die Regierung bezüglich der einzelnen Strecken noch freie Hand habe. Die aktuellen Verhältnisse wären indeß nicht der Art, daß das staatsrechtliche Prinzip hier zur Geltung komme. Es sprechen zu diesem Punkte noch der Regierungskommissar Brefeld, die Abgg. Rickert und Richter, welch' Letzterer verlangt, daß der in die Kommission zurückverwiesen werde, um nähere Aufklärung zu bekommen. Abg. v. Rauchhaupt weist darauf hin, daß die Spezialreferate bereits das Nähere enthalten. § 2 wird demnächst angenommen. Von den übrigen Paragraphen werden dann nur diejenigen der von der Kommission eingefügte § 8 (Kommunalbesteuerung) zur Debatte. Demnächst wird das ganze Gesetz definitiv angenommen und das Haus setzt die Berathung der Resolutionen fort, von welchen noch die Organisation der Eisenbahnräthe zu erledigen ist. Abg. Frhr. v. Minnigerode spricht seine Bedenken gegen die Bestimmung aus, daß Mitglieder beider Häuser des Landtags dem Landeseisenbahnrath angehören sollen. Einmal sei der Charakter dieser Behörde doch nur der einer Enquete-Kommission und andererseits jedes Eingreifen des Hauses in die Verwaltung zu vermeiden. Abg. Lauenstein begründet darauf seinen Antrag, welcher den in der vorgelegten Resolution vorgeschlagenen Wahlmodus der Bezirkseisenbahnräthe ablehnt und die Bestimmungen über die Wahl offen läßt, so daß nöthigenfalls sei, dem zukünftigen Gesetze zu präjudiziren, und die Qualifikation der Provinzialausschüsse, bezw. Verwaltungsausschüsse der Provinziallandtage zu solcher Wahl doch sehr fraglich erscheine. Für jetzt genüge die Bestimmung, daß die Mitglieder der Bezirkseisenbahnräthe aus freier Wahl hervorgehen sollten. Abg. Dr. Löwe entwickelt die Nothwendigkeit, jedenfalls bei den Bezirkseisenbahnräthen das politische Element fernzuhalten. Bedenklich würde es auch dem Landeseisenbahnrath sein, indeß hier weniger gefährlich. Bei Schluß der Redaktion nimmt der Abg. v. Wedell-Malchow das Wort.

Rundschau im Auslande.

Die heutige Umschau auf tagespolitischem Gebiete konstatirt fast überall eine leidlich normale Situation, ausgenommen allenfalls in **Frankreich**, welches Land trotz des definitiven Obsiegens der republikanischen Regierungsform doch noch ein gutes Stück von jenem Hafen vollkommener Ruhe entfernt ist, in welchen es die Programme der radikalen Parteiführer binnen kürzester Frist zu führen versprachen. Einstweilen schwimmt das Staatsschiff noch mitten in der bewegten See des Parteigetriebes, und hat noch obendrein gegen den widrigen Wind der Ministerkrisis zu laviren, der es vom sicheren Kurse abzulenken droht. Zwar behält der Justizminister Herr Leroyer, wie der Telegraph versichert, provisorisch die Leitung seines Ressorts bei, und ist damit eine akute Wendung der Krise einstweilen ausgeschlossen, jedoch mit der nach Außen hin geschlossenen kompakten Einheit des Kabinets ist es zu Ende, und eine etwaige Wiederaufnahme der Ministerarbeiten seitens der republikanischen Union würde nach dem Terrain unzweifelhaft leichter zu bearbeiten finden.

Die Deputirtenkammer beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit einer von dem Minister des Innern Herrn Lepère an das Haus gebrachten Kreditforderung von 5 Millionen Francs, womit die Linderung des Elends bezweckt wird, welches eine mißrathene Ernte und die außerordentliche Strenge des Winters über viele Bevölkerungsklassen des Landes gebracht haben. Von legitimistischer und bonapartistischer Seite wurden einige, im Grunde unwesentliche Modifikationen der Regierungsvorlage beantragt, fanden jedoch nicht den Beifall der Mehrheit, und nachdem der Minister die unbeanstandete Bewilligung des Kredits als Vertrauensvotum für sich in Anspruch genommen hatte, wurde die Vorlage mit allen gegen drei Stimmen genehmigt.

Im Senat vertheidigte sich Marschall Canrobert gegen die von republikanischer Seite auf ihn gerichteten Angriffe wegen des offenen Briefes an seine Wähler, worin er sich zur Uebernahme des ihm gewordenen Mandates bereit erklärte. Insbesondere lehnte er jede moralische Mitschuld an dem napoleonischen Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 ab und erklärte, seine damalige Rolle sei lediglich die eines pflichtgetreuen Soldaten gewesen, der ohne Besinnen die Ordres seiner Vorgesetzten zur Ausführung brachte. Während die Rechte dem Redner mit Beifallsbezeugungen lohnte, verharrte die Linke in demonstrativem Schweigen.

Ueber **Spanien** hellt sich der politische Horizont etwas auf. Das Ministerium Canovas del Castillo sucht seine Position, so gut es gehen will, zu verstärken. Dem Ober-Befehlshaber der auf Kuba stehenden Truppen ist das telegraphische Versprechen zugegangen, ihm alle zur endgültigen Niederwerfung des Aufstandes erforderlichen Hülfsmittel zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig hat das Kabinet der Insel die Perspektive wirthschaftlicher Reformen und allgemeiner Interessenaussöhnung eröffnet. Dieses Vorgehen des Kabinets scheint ihm in der Deputirtenkammer bedeutende Sympathien zugewendet zu haben, da selbige, wie „W. T. B." sich melden läßt, dem Ministerium ein Vertrauensvotum ertheilt hat.

Nicht fünfzehn, sondern fünf Generale sind, der Madrider „Correspondencia" zufolge, mit ihrem Abschiedsgesuch hervorgetreten, — eine Differenz der Zahlenangabe, welche das Fazit ganz erheblich beeinflußt.

Dagegen nimmt die politische Situation in **Belgien** unter dem Einflusse des leidigen kirchenpolitischen Streites zusehends verwickelter Gestalten an. Die Abneigung der Regierung, den Vertreter Belgiens beim Vatikan abzuberufen, hat in den Reihen der Linken, wo diese Maßregel zahlreiche Anhänger aufweist, lebhaftes Mißvergnügen erzeugt, welches so weit geht, daß man droht, die Regierung bei den Wahlen bei nächsten Jahres in Stich zu lassen. Glücklicherweise sind der Geistlichkeit denn doch zu wenig, um den Parteien der Linken ein Programm einfach aufoktroyiren zu können, vielmehr sollen diese in einer allseitig befriedigenden Fraktionsversammlung beschlossen haben, ihre Wünsche der politischen Nothwendigkeit vorerst unterzuordnen, um nicht den Sturz des Ministeriums Frère-Orban herbeizuführen.

Die letzthin vom Papst an den Nuntius in Brüssel gerichteten Depeschen konstatiren, daß bei der gegenwärtigen Sachlage der Vatikan sein Möglichst gethan habe, um die guten Beziehungen zu Belgien aufrecht zu erhalten und einen Konflikt zwischen der Kirche und dem Staate zu vermeiden. Der Vatikan erwarte nunmehr, welche Beschlüsse die belgische Regierung am letzten Ende fassen werde. Sollte der belgische Gesandtschaftsposten beim Vatikan eingezogen werden, so müßte auch der in Brüssel beglaubigte Nuntius dieser Stadt den Rücken kehren.

Die irländischen Bischöfe haben einen ausführlichen Bericht über die Stellung des dortigen Klerus zu der gegenwärtig betriebenen demagogischen Agitation eingesandt, auf Grund dessen, wie die „Agence Havas" hört, der Vatikan sich schlüssig machen wird, ob der Erlaß spezieller Instruktionen an den irischen Episkopat opportun ist.

Was die Erfreulichkeit der Nachrichten betrifft, so läuft heute der Orient dem Occident den Rang ab. Zunächst trifft die **Pforte** nun in der That ernstliche Anstalten zur Durchführung der kleinasiatischen Reformen unter Baker Pascha's Kontrolle. Das Konstantinopeler Telegramm unseres heutigen